

# Beschlussbuch

Landesausschuss des Juso-Landesverbandes NRW

Sonntag, 01. November 2009 in Köln

## Inhaltsverzeichnis

B3	Arbeitsrecht	Seite 3
C3	Kindergartenpflicht	Seite 4
C4	Einführung eines religionsübergreifenden Unterrichts mit Beginn der Grundschule	Seite 5
C6	SchülerInnen stärker für natur- und ingenieur- wissenschaftliche Studiengänge begeistern	Seite 7
E2	Klonfleisch	Seite 11
G3	Rechtes Gedankengut im bürgerlichen Gewand – Konsequent gegen Pro NRW	Seite 12
G4	Übertragung des Konzepts „Endstation Rechts“ auf NRW	Seite 14
G5	Keine Nazi-Propaganda über amazon	Seite 15
G6	Weiterführung der AussteigerInneninitiative Exit	Seite 16
K2	Jugendräte	Seite 17
K3	Solidarpakt	Seite 18
K5	Stichwahl	Seite 19
K6	Videoüberwachung Veto Rat	Seite 20
W2	Google	Seite 21

Antrag B3

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **Arbeitsrecht**

Die NRW Jusos fordern die SPD-Fraktion im Bundestag auf, die von der Rechtsprechung entwickelte Figur der Verdachtskündigung gesetzlich zu normieren. Ziel bei einer solchen Normierung muss es sein, dass nur bei erheblichen Verdachtsmomenten eine Verdachtskündigung ausgesprochen werden kann. Auch darf eine Verdachtskündigung nur nach einer umfassenden Interessenabwägung, bei der auch die Betriebszugehörigkeit Berücksichtigung findet, möglich sein.

C3

Antragssteller: KV Recklinghausen

## **Kindergartenpflicht**

Die Jusos setzen sich für eine allgemeine Kindergartenpflicht für Kinder zwischen 3-6 Jahren ein. Die Kindergartenplätze sollen für jedes Kind kostenfrei sein. Außerdem fordern wir für jedes Kind ein kostenfreies, gesundes Mittagessen.

## **Einführung eines religionsübergreifenden Unterrichts mit Beginn der Grundschule**

In NRW leben eine Vielzahl von Kulturen miteinander. Aus diesem Grund wird eine Auseinandersetzung mit verschiedenen religiösen Ansichten immer wichtiger. Die Kenntnis der verschiedenen Religionen und ihrer Geschichte ist für ein tolerantes und respektvolles Zusammenleben von immenser Bedeutung. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich der Staat und damit auch die Institution Schule nicht entziehen können. Gemeinschaftliches Lernen über Religionen fördert das Verständnis und die Akzeptanz für andere religiöse Standpunkte. Dieses Verständnis kann ein konfessionsgebundener Unterricht nicht ausreichend gewährleisten.

Eine Trennung nach verschiedenen Konfessionen, wie sie zurzeit in NRW und mit wenigen Ausnahmen bundesweit stattfindet, führt dagegen zu einer Ausgrenzung Andersgläubiger und schafft eine Ungleichheit. So wird konfessioneller Religionsunterricht für evangelische und katholische Schülerinnen und Schüler angeboten, in einigen Schulen gibt es inzwischen auch Islamunterricht. Für andere religiöse Minderheiten, wie zum Beispiel Juden oder Hindus gibt es jedoch kein entsprechendes Unterrichtsfach. An dieser Stelle untergräbt Art.7 III 2 GG den Gleichstellungsgrundsatz des Grundgesetzes und ist durch den gesellschaftlichen Wandel hinfällig geworden. Er ist heutzutage vielmehr so zu verstehen, dass ein religionsübergreifender Unterricht nicht ausgeschlossen ist.

Schülerinnen und Schüler die keiner Religion angehören oder sich aus anderen Gründen vom konfessionellen Unterricht abmelden, belegen das Fach Praktische Philosophie. Dieses Schulfach, welches inzwischen in NRW als Pflichtfach ab der fünften Klasse eingeführt wurde, bezieht sich jedoch nur peripher auf Religionen und ihre Geschichte und Wirkung für die Gesellschaft. Dass zusätzlich zum übergreifenden Fach Religion aber auch ein Fach in die Bereiche „Ethik“, „Werte und Normen“, „politische Philosophie“ etc. einführen soll und die Schülerinnen und Schüler auf diese Art unabhängig von ihrem religiösen Standpunkt zu einem kritischen Bewusstsein über ihre Einstellungen, Werte und Haltungen führen soll, ist unumstritten. Aber auch eine übergreifende Kenntnis der Religionen, die in unserem Land praktiziert werden, ist wichtig und für ein Verständnis der kulturellen Zusammenhänge erforderlich.

Uns ist bewusst, dass eine Einführung eines religionsübergreifenden Unterrichts eine Änderung des Schulgesetzes bedingt und möglicherweise rechtliche Konsequenzen auf der Bundesebene nach sich zieht. Die CDU geführte Landesregierung hat das Schulgesetz dahingehend geändert, dass die „Ehrfurcht vor Gott“ vornehmstes Ziel der Erziehung sein soll. Dabei soll auf der anderen Seite die „Achtung vor der Würde des Menschen“ sowie „vor der Überzeugung des anderen“, also auch des Nichtgläubigen, ebenso Priorität bei der Erziehung der Schülerinnen und Schüler haben. Letzteres kann nur durch einen religionsübergreifenden Unterricht erreicht werden. Die Ehrfurcht vor Gott dagegen ist Teil des verkündenden Religionsunterrichts und sollte im Privaten vermittelt werden. Ein säkularer Staat sollte die Trennung von Kirche und Schule an dieser Stelle konsequent vollziehen. Für uns bedeutet das auch, dass in der Folge unserer Forderungen eine Änderung der Landesverfassung nötig ist, damit auch dort der Erziehungsanspruch auf „Ehrfurcht vor Gott“ aus dem Gesetzestext entfernt wird.

Es ergeben sich also folgende Forderungen:

1. Ein religionsübergreifender Unterricht, der die Geschichte und Wirkung von Religion beinhaltet, also Erkenntnisse über Religion vermittelt, soll ab Klasse 1 in den Schulen in NRW verpflichtend eingeführt werden. Damit einhergehend fordern wir die Auflösung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts ab Klasse 1.
2. Ein religionsübergreifender Unterricht sollte sich an der Religionswissenschaft orientieren, dass bezieht ein:
  - Eine staatliche Vorgabe der Themen
  - Inhaltliche Ausgestaltung unter Mitwirkung der Religionsgemeinschaften durch Beiräte
  - Keine Mitsprache der Kirchen bzw. der Gremien anderer Religionsgemeinschaften bei Auswahl des Lehrpersonals
3. Um eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den einzelnen Konfessionen zu ermöglichen, soll ab der Sekundarstufe II ein konfessioneller Religionsunterricht als Wahlpflichtfach angeboten werden.
4. Die „Ehrfurcht vor Gott“ soll aus dem Schulgesetz NRW gestrichen werden.

## **SchülerInnen stärker für natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge begeistern**

### **EINLEITUNG**

Deutschland fehlen bereits heute mehr als 100.000 IngenieurInnen und NaturwissenschaftlerInnen. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen, da dann die ersten geburtenschwachen Jahrgänge die Hochschulen erreichen. Nach Zahlen des „Verband deutscher Ingenieure“ (VDI) fallen pro nicht besetzter Ingenieurstelle weitere 2,3 Arbeitsplätze weg, was einen jährlichen Verlust von 3,5 Mrd. € für die deutsche Volkswirtschaft ergibt. Des Weiteren reichen die stagnierenden Absolventenzahlen, die bei etwa 40.000 pro Jahr liegen, bei weitem nicht aus, um diesen Trend zu stoppen.

Dieser Trend muss allerdings aufgehalten werden, wenn Deutschland längerfristig nicht den Anschluss als Hochtechnologieland verlieren will. Dazu ist es erforderlich, mehr SchulabsolventInnen für ein entsprechendes Studium zu begeistern. Die aktuelle Fehlentwicklung hat ihre Ursache bei dem oftmals schlechten naturwissenschaftlichen Unterricht in den Schulen, der SchülerInnen keinen Spaß an Technik und Naturwissenschaft vermittelt. Daraus ableiten kann man verschiedene Maßnahmenbereiche. Bei diesen ist allerdings zu beachten, dass diese nicht zu einer Schwächung der Geisteswissenschaften führen dürfen. Gerade die aktuellen Pläne der Landesregierung, diese weiter zu beschränken, sind dabei zu tiefst zu kritisieren. Ebenfalls ist wichtig zu betonen, dass die Stärkung der Naturwissenschaften in der Schule nicht in ein privates Bildungssponsoring münden dürfen.

### **1. MASSNAHMENBEREICH: Naturwissenschaftlichen Unterricht reformieren**

Zum einen muss der naturwissenschaftliche Unterricht als Ausgangspunkt für ein späteres Studium der Natur- oder Ingenieurwissenschaften grundlegend reformiert werden. Dazu ist es erforderlich, dass der Unterricht auf ein stärker forschungs- und problemorientiertes Arbeiten umgestellt wird. SchülerInnen lernen wesentlich leichter und effektiver, wenn sie sich die Inhalte selbst oder in Kleingruppen erarbeiten. Hierzu sollen die SchülerInnen sich

das Wissen verstärkt durch Schülerversuche aneignen, wenn dies aufgrund des Unterrichtsinhalts möglich ist. Frontalunterricht ist insgesamt gesehen weniger geeignet, SchülerInnen neugierig auf naturwissenschaftliche Fragestellungen zu machen. Durch dieses handlungsorientiertes Arbeiten wird auch erreicht, dass oft als trockenes oder langweiliges Wissen im Anwendungsbereich erfahrbar wird. Es ist dabei allerdings bewusst, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nur dann ihre volle Wirkung entfalten können, wenn die aktuell schlechte Situation des Unterrichts verbessert werden kann. Zu dieser Verbesserung gehört neben der Verkleinerung von Klassen (Gruppenarbeit mit 32 Schülern ist eher unproduktiv als zweckvoll), die Anschaffung von besserem Material sowie die Anstellung von mehr LehrerInnen. Mehr LehrerInnen führen zu kleineren Klassen, in denen dann LehrerInnen auch motivierter sind, sich um insgesamt weniger SchülerInnen zu kümmern, und so den steigenden Arbeitsbedarf durch Projektarbeit zu leisten.

Des Weiteren sollen die SchülerInnen verstärkt motiviert werden, sich an Wettbewerben wie „Jugend forscht“ zu beteiligen. Dieser und ähnliche Wettbewerbe müssen vom Staat stärker gefördert und beworben werden.

Außerdem sollte erneut eine offene Diskussion darüber geführt werden, inwiefern man die naturwissenschaftlich-technischen Fächer zusammenlegen kann. Eine Zusammenlegung erscheint insbesondere vor dem Hintergrund sinnvoll, dass somit naturwissenschaftlich-technischer Unterricht stärker projektbezogen ausgelegt werden kann. Durch das Verständnis von fächerübergreifenden technischen Strukturen und Abläufen können so Lösungen für konkrete Problemstellungen in unserer Gesellschaft erarbeitet werden.

## 2. MASSNAHMENBEREICH: Einführung des Fachs Technik

Zum anderen soll an allen Schulen das Fach „Technik“ flächendeckend eingeführt werden. Dies geschieht bereits an einigen wenigen Schulen, hauptsächlich an Gesamt- und Hauptschulen und teilweise im Wahlbereich der Sekundarstufe 1 an Gymnasien. Dieses Fach soll jedoch nur insoweit flächendeckend als Pflichtfach eingeführt werden, als dass daraus kein Wegfall von anderen Fächern resultiert. Dies gilt insbesondere für Gymnasien, wo durch die verkürzte Schulzeit ja bereits ein erheblicher Druck auf die SchülerInnen besteht. Notfalls soll das Fach nur im Wahlpflichtbereich in der Sekundarstufe 1 eingeführt werden.

In diesem Fach sollen sich die SchülerInnen verstärkt mit technischen Geräten und deren Funktionsweise auseinandersetzen, sowie deren Einfluss auf das alltägliche Leben kennen lernen. Des Weiteren sollen Berufe vorgestellt werden, die neue Technologien und technische Geräte erfinden und benutzen, und so Interesse an diesen Berufen vermitteln.



Als dritter Unterrichtsinhalt ist die ökologische Bedeutung von Technik sinnvoll. Umweltprobleme werden hauptsächlich von neuen technischen Erfindungen gelöst. Durch die frühzeitige Vermittlung dessen an die SchülerInnen, wird dadurch auch ein entsprechendes Bewusstsein gebildet. Wie ein solches Fach konkret ausgestaltet werden könnte, ist bereits beispielhaft in Hamburg verwirklicht worden.

### 3. MASSNAHMENBEREICH: Engere Verknüpfung von Schulen und Hochschulen

Drittens wird eine engere Verknüpfung von Schule mit nahen Universitäten und Fachhochschulen angestrebt. Dabei soll die an den Hochschulen vorhandene Spitzentechnologie und Spitzenforschung für SchülerInnen erfahrbar gemacht werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund sinnvoll, als dass Schulen oftmals die nötigen finanziellen Mittel fehlen, um bessere und weitere Geräte anzuschaffen. Eine Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen kann zum Beispiel auf gegenseitigen Besuchen aufbauen: Dabei besuchen zum einen Professoren (oder auch wissenschaftliche Mitarbeiter) den Unterricht und stellen ihr Arbeits- und Forschungsgebiet vor. Zum anderen besuchen die Schulklassen die Hochschule und absolvieren beispielsweise Praktika mit den dort vorhandenen Geräten.

Hierbei erscheint es auch sinnvoll, oben genannte Besuche sowie Praktika von Schulklassen auch bei Betrieben und Unternehmen durchzuführen. Dabei ist allerdings auf Neutralität der beteiligten Firmen zu achten. Werbung der Unternehmen sollte dabei vermieden werden.

Außerdem sollte die Möglichkeit des Schülerstudiums für SchülerInnen der gymnasialen Oberstufe ausgebaut und verbessert werden. Dies beinhaltet, dass auch die bürokratischen Hürden für begabte SchülerInnen abgebaut werden, während oder auch nach der Schulzeit an Vorlesungen und Übungen teilzunehmen. Dies ermöglicht es den SchülerInnen, ihr Studium schnell und ohne Zeitverluste abzuschließen. Außerdem erhalten diese so einen weiteren Motivationsschub, sich mit aktuellen Fragestellungen ihres Fachs auseinander zu setzen.

### 4. MASSNAHMENBEREICH: Frauen verstärkt begeistern

Als letztes soll es gelingen, mehr Frauen für ein entsprechendes Studium zu begeistern. Betrachtet man die geschlechterspezifische Aufteilung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen, so fällt auf, dass nach wie vor nur etwa 20% der StudentInnen in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen weiblich

sind. Um diesen Anteil zu steigern reicht eine gute Initiative wie der „Girls Day“ alleine, der jungen Frauen einen Tag lang die Pforten in eher Männer dominierten Firmen öffnet, nicht aus. Das Problem in diesem Feld liegt tiefer, nämlich in immer noch vorherrschenden gesellschaftlichen Denkmustern, dass Frauen sich nicht für technische Berufe eignen. Diesem völlig überkommenen Denkmuster muss in der Schule entschieden entgegengetreten werden. Dazu können beispielsweise speziell Arbeitsgemeinschaften nur für Mädchen eingerichtet werden. Die Erfahrung zeigt, dass diese sich wesentlich schwerer tun, wenn von vorne herein Jungen den Ton angeben. Des Weiteren soll Mädchen mit vermehrten Informationsveranstaltungen speziell für Frauen die Möglichkeiten und Chancen eines natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiums aufgezeigt werden.

## ABSCHLUSS

Initiativen wie die des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW namens „Zukunft durch Innovation“ gehen einerseits inhaltlich sicherlich in die richtige Richtung. Diese Initiative hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, sogenannte Kompetenzzentren in NRW einzurichten. Die Aufgabe dieser Zentren soll dann sein, durch eine verbesserte Ausstattung das Interesse von SchülerInnen zu wecken und zu fördern. Hierbei ist allerdings zutiefst zu kritisieren, dass diese Zentren auf einer Selbstträgerschaft der privaten Investoren aufbauen. Bildung muss in Deutschland Aufgabe des Staates bleiben und darf nicht als Bildungssponsoring an Unternehmen delegiert werden.

Insgesamt gesehen gilt es für Deutschland, den prozentualen Anteil derjenigen eines Jahrgangs, die ein Studium beginnen, für alle Fächer von derzeit knapp 40% auf den Durchschnitt der OECD-Länder von 56% zu steigern. In den Ingenieur- und Naturwissenschaften ist dieser Bedarf besonders hoch. Wenn es uns nicht gelingt, die Studentenzahlen entsprechend zu steigern, wird auf lange Zeit unser aller Wohlstand reduziert.

E2

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **Klonfleisch**

Die Jusos sprechen sich gegen den Import von Milch und Fleisch von geklonten Tieren nach Europa aus.

Wir lehnen das Klonen von Tieren und die Herstellung von Lebensmitteln von diesen fast identischen Tierkopien ab und fordern die Fraktion der SPE auf, sich dafür einzusetzen.

## **Rechtes Gedankengut im bürgerlichen Gewand – Konsequent gegen Pro NRW**

Seit mehreren Jahren breitet sich die rechtspopulistische Schein-BürgerInnenbewegung „Pro NRW“ im ganzen Land aus. Ihr Ziel ist es, den Bau von Moscheen zu verhindern, indem sie alle Muslime als „Feindbild“ und Moscheen als Versammlungsort für radikale Islamisten darstellt. Hierzu wollen sie die unterstellten Ängste und Unsicherheiten gegenüber MigrantInnen und die Politikverdrossenheit vieler BürgerInnen nutzen.

„Pro NRW“ entstand aus der in Köln gegründeten Partei „Pro Köln“. Am 20. September sollte dort ein von Pro NRW ausgerichteteter „Anti-Islamisierungskongress“ mit rechten „Politikern“ aus ganz Europa stattfinden. Dieser konnte mit vereinten Kräften von Initiativen, Parteien, Gewerkschaften und vor allem vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern verhindert werden. Pro NRW will diesen „Kongress“ am 9. Mai wiederholen.

Seite an Seite mit unseren Bündnispartnern Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Kirchen wollen wir ein Zeichen setzen für Weltoffenheit, Frieden und Toleranz.

Mit offenem Visier und als Jusos klar erkennbar treten wir jeder Form von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen.

Außerdem planen die Rechtspopulisten, von denen einige ehemalige NPD-Mitglieder sind, in vielen Städten und Kommunen Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl aufzustellen.

Wir Jusos müssen verhindern, dass Pro NRW in die Stadträte einziehen kann und dabei helfen, den Anti-Islamisierung-Kongress erneut zu blockieren.

Hierzu ist es besonders wichtig, über die Hintergründe der Rechtspopulisten aufzuklären.

Wir fordern, dass alle demokratischen Parteien ein deutliches Zeichen gegen „Pro NRW“ setzen und mit allen legalen Mitteln deutlich machen: In unseren Kommunen ist kein Platz für braunes Gedankengut! Städtische Versammlungsräume dürfen diesen Rechtspopulisten nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Besitzer von Kneipen und Lokalen müssen über die Gefahren von „Pro NRW“ informiert werden, damit auch dort keine Räumlichkeiten von „Pro NRW“ gebucht werden können. Aufmärsche und Demonstrationen müssen besonders sorgfältiger Prüfung unterlegt werden.

Wir fordern die SPD-Fraktionen auf, in ihren Stadt- und Gemeinderäten auf die Gefahr von Rechts aufmerksam zu machen.

Wir fordern die NRW SPD und die NRW Jusos auf, für betroffene Unterbezirke Material zur Verfügung zu stellen, Schulungen anzubieten und die Gefahren, die von „Pro NRW“ ausgehen, auch im Wahlkampf zu thematisieren.

G4

Antragsteller: UB Dortmund, UB Ennepe-Ruhr, UB Hamm, UB Oberhausen

## **Übertragung des Konzepts „Endstation Rechts“ auf NRW**

Der Juso-Landesausschuss fordert den Juso-Landesvorstand NRW auf, sich für eine Übertragung des Konzepts „Endstation Rechts“ auf NRW einzusetzen und zu diesem Zweck Kontakt mit den Organisatoren der Initiative in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen.

G5

Antragsteller: UB Gelsenkirchen

## **Keine Nazi-Propaganda über amazon**

Wir fordern vom deutschen Ableger des Online-Versandhauses „amazon“, den Vertrieb von rechtsextremer und menschenverachtender Gesinnungsliteratur einzustellen und selbige aus dem Angebot zu nehmen.

Die Internetplattform bietet auf ihrer Seite Werke aus dem Verlag „Deutsche Stimme“ an, welcher von NPD-Funktionären geleitet und zur Publikation von Positionen der NPD in Printmedien genutzt wird. Auch wenn die Werke nicht indiziert sind und ihr Vertrieb im Versandhandel somit keinen Straftatbestand darstellt, leistet amazon damit Unterstützung zur Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes.

Als Marktführer im Bereich Onlinebuchhandel erreicht amazons Angebot Millionen von Kunden in ganz Deutschland. Der oftmals erste und Schritt zum Kauf eines Buches im Internet führt auf die Seiten des Unternehmens. Die KundInnen werden dabei neben den eigentlich von ihnen gesuchten Produkten auch mit verwandten Artikeln bekannt gemacht, sowohl im Rahmen themenorientierter Suche als auch über Werbeeinblendungen für Produkte, die nach von amazon festgelegten Gesichtspunkten die KäuferInnen ansprechen könnten. Aus diesem Sachverhalt entsteht ein Multiplikatoreffekt, der im Regelfall für die KundInnen durchaus wünschenswert sein kann, gerade in Bezug auf rechtsextreme Literatur aber die Gefahr einer Ansprache eines größeren Publikums als der eigentlichen rechten Szene birgt.

Während bol.de, thalia.de und bucher.de als direkte Konkurrenten von amazon sowie das Videoportal youtube mit gutem Beispiel vorangegangen sind und rechtsextreme Inhalte gelöscht haben, hat amazon dies bisher noch nicht getan. Im Interesse der Bekämpfung des Rechtsextremismus und seiner wirtschaftlichen Grundlagen ist ein solcher freiwilliger Vertriebsverzicht jedoch sinnvoll. Die Verweigerung des Vertriebs von Druckerzeugnissen des Verlags „Deutsche Stimme“ über amazon würde diesem finanziell schaden und damit die verlegerische Tätigkeit für Rechtsextremisten unattraktiv machen. Sie würde zudem ein Ende ungewollter Werbung für rechtsextreme Produkte auf einer beliebten und vielbesuchten Internetseite bedeuten.

G6

Antragsteller: UB Dortmund, UB Ennepe-Ruhr, UB Hamm, UB Oberhausen

## **Weiterführung der AussteigerInneninitiative Exit**

Die Juso-Landeskonferenz fordert die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierung der Aussteigerinitiative „Exit“ von Seiten der Bundesregierung. Zudem wird die Einrichtung einer staatlichen Stiftung gefordert, um Initiativen wie „Exit“ dauerhaft zu unterstützen.

Das Land NRW wird aufgefordert eine integrierte Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vor Ort vorzulegen. Ziel muss die Unterstützung vorhandener sowie der Aufbau neuer Initiativen in allen Landesteilen sein. Die Vernetzung der Initiativen untereinander sowie eine Hilfestellung zur Beantragung von Fördergeldern stellen einen wichtigen Baustein für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus dar.



K2

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **Jugendräte**

Die Jusos NRW tragen der SPD-Landtagsfraktion auf, sich flächendeckend für die Etablierung von Jugendräten bzw. Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen einzusetzen und darüberhinaus die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen an jugendrelevanten kommunalpolitischen Entscheidungen zu treffen.

K3

Antragssteller: KV Recklinghausen

## **Solidarpakt**

Die Jusos setzen sich für eine Verteilung von Geldern des Solidarpaktes nach Bedürftigkeit der Region/Stadt/Bezirk/Land ein und nicht ausschließlich nach der Himmelsrichtung.

K5

Antragsteller: UB Aachen Kreis, UB Aachen Stadt, UB Düren, UB Euskirchen, UB Heinsberg

## **Stichwahl**

Die NRWJusos setzen sich für die Wiedereinführung der Stichwahl bei den Wahlen zum Bürgermeister oder Landrat ein.

K6

Antragsteller: UB Aachen Kreis, UB Aachen Stadt, UB Düren, UB Euskirchen, UB Heinsberg

## Videüberwachung Veto Rat

Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (PolG NRW)

§ 15a

Datenerhebung

durch den offenen Einsatz

optisch-technischer Mittel

(...)

(3) Über die Einrichtung der Datenerhebung durch den offenen Einsatz optisch-technischer Mittel entscheidet die Behördenleiterin oder der Behördenleiter.

wird geändert in:

(3) Die Einrichtung der Datenerhebung durch den offenen Einsatz optisch-technischer Mittel **erfordert die Zustimmung des Stadt-/Gemeinderates und der** Behördenleiterin oder **dem** Behördenleiter.

W2

Antragsteller: KV Recklinghausen

## **Google**

Die NRW Jusos beauftragen der SPD-Bundestagsfraktion, Google aufzufordern, die Zusammenarbeit mit der chinesischen und der nordkoreanischen Regierung zu beenden, um so ein Zeichen gegen die Missachtung der Menschenrechte in beiden Ländern zu setzen.